
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 13.03.2024

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:21 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Leitung der Sitzung: Frank Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates
Karin, Dammann, 1. Stellvertreterin
Frank Hoffmann, 2. Stellvertreter

Soll: 51 **Ist:** 42

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der stimmberechtigten Anwesenden; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 39 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird beschlossen (39:00:00).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 31.01.2024

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verweist auf die auf der Seite 16 (richtig ist die Seite 8) der Niederschrift dargelegten Aussagen von Herrn Kaßner. Er verliest den letzten Absatz: „Er fragt nach der Marschrichtung von Herrn Mrosek bzw. der Fraktion AfD und warum sie diese Partei nicht verlassen, wenn kein Einverständnis zur politischen Ausrichtung besteht.“ Das hat Herr Kaßner nicht gesagt, denn wir sind mit unserer politischen Ausrichtung einverstanden. Herr Kaßner hat gesagt, Herr Mrosek verlas-

sen Sie die AfD, noch ist es für sie nicht zu spät. Er bittet darum, das zu korrigieren. Er hatte extra noch nachgefragt, wie das Herr Kaßner meint, darauf hat er nicht geantwortet. Da auch die Nachfrage nicht in der Niederschrift enthalten ist, kann sie nicht genehmigt werden. Er bittet darum, diese Aussagen zu Protokoll zu nehmen, den Mitschnitt abzuhören und die Niederschrift zu korrigieren.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die vorliegende Niederschrift mit einer entsprechenden Ergänzung nach Anhörung der Tonbandaufzeichnung zur Abstimmung.

Daraufhin erhebt **Herr Fricke, Fraktion SPD,** Einspruch. Entweder wird die vorliegende Niederschrift genehmigt, oder man muss schauen, wie die geänderte Niederschrift aussieht. Etwas genehmigen, was nach nochmaligem Abhören der Tonbandaufzeichnung erst erstellt wird, geht nicht. Die Alternative wäre, über den Änderungsantrag von Herrn Mrosek abzustimmen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die **Bestätigung der Niederschrift** bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates **zurück**. Nach der Überprüfung, ist zu sehen, was sich ergeben hat.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Kellner, Fraktion CDU, zur Sitzung. (40)

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 31. Januar 2024 bis zum 12. März 2024:

Digitales:

Seit dem 21.01.2024 steht ein neuer Online-Dienst zur Verfügung. Dieser soll der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Parkerleichterungen dienen. Es sind verschiedene Antragsformulare hinterlegt.

Einbürgerungen:

Seit der letzten Berichterstattung am 18.01.2024 wurden weitere 19 Personen eingebürgert. Es handelt sich dabei um sechs Frauen, acht Männer und fünf Kinder. Die Eingebürgerten stammen aus Syrien, dem Iran, Saudi-Arabien, der Ukraine, der Türkei, dem Kamerun und Vietnam.

Kultur, Sport und Gesellschaft:

Am 04. Februar 2024 fand das Rugby-Länderspiel in unserem Stadion erfolgreich und mit großer Aufmerksamkeit statt.

Am 11. Februar 2024 wurde der 25. Karnevalumzug in unserer Stadt durchgeführt.

Erfolgreich war das jüngst begangene Kurt Weill Fest. Er dankt der ausrichtenden Kurt-Weill-Gesellschaft und allen beteiligten Partnern, insbesondere dem Anhaltischen Theater.

Der Moses Mendelssohn Preis wurde an Frau Dr. Grit Schorch verliehen.

Am 7. März 2024 fand das Gedenken anlässlich der Zerstörung unserer Stadt statt. Im nächsten Jahr jährt sich das Ereignis zum 80igsten Mal.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt aus, dass in der letzten Sitzung des Stadtrates am 31.01.2024 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck legt dar, dass in dem zurückliegenden Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Es wurden keine Anfragen seitens der Einwohner gestellt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 27 KomHVO für Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes der Stadt Dessau-Roßlau 2024 **Vorlage: BV/036/2024/II-20**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass die Genehmigung des Haushaltes mit dem dringenden Hinweis verbunden war, eine haushaltswirtschaftliche Sperre in Erwägung zu ziehen. Die momentane haushaltswirtschaftliche Sperre ist keine

Vollsperrung. Es ist bekannt, dass 60 % der Ansätze freigegeben und 40 % der Ansätze gesperrt sind. Zu bedenken ist, dass zahlreiche Haushaltsansätze überhaupt nicht kürzbar sind, nämlich dort, wo vertragliche Verpflichtungen bestehen, wie bspw. bei Personalaufwendungen. Deshalb sind 40 % ein Versuch, mit möglichst „milder“ Haushaltssperre die Einsparungen zu erreichen, die vollzogen werden müssen. Es ist bekannt, dass die Stadt ein Defizit in Höhe von 30 Mio. Euro hat und dass das mittelfristige Haushaltsdefizit 150 Mio. Euro beträgt. Es ist ein Versuch, mit diesen Teilsperren hinzukommen. Im Sommer wird geschaut, wie erfolgreich dieses Instrument sein kann. Wenn es erfolgreich ist, wird es bei dieser Teilsperre bleiben. Sollte sich abzeichnen, dass die Teilsperre nicht den gewünschten Erfolg erzielt, ist möglicherweise eine volle Haushaltssperre zum Ende des Jahres bzw. nach dem Sommer nicht völlig auszuschließen. Ausgenommen von der Haushaltssperre ist der Investitionshaushalt, an dem allerdings besondere Maßstäbe im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit von Investitionsmaßnahmen zu legen sind. Insbesondere ist aus dem laufenden Haushalt nicht erkennbar, auch mittelfristig nicht, dass Darlehen getilgt werden können.

Herr Weber, Fraktion CDU, verweist darauf, dass die Haushaltssperre im Ausschuss für Finanzen und im Haupt- und Personalausschuss zur Kenntnis genommen wurde. Er lobt die Art und Weise der Informationen. Der Oberbürgermeister hat sich bereiterklärt, gemeinsam mit den Stadträtinnen und Stadträten die nächsten Schritte zu gehen. Er hat in den Ausschüssen gesagt, dass das Wichtigste die Haushaltskonsolidierung ist. Je schneller dieser Teil erfüllt wird, desto schneller ist auch damit zu rechnen, dass keine Haushaltssperre mehr gebraucht wird.

Aus diesem Grund hat die Fraktion, Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, einen **Antrag** vorbereitet, der zur Unterstützung der Arbeit der Stadtverwaltung heute eingebracht wird. Die anderen Fraktionen sind eingeladen, diese Beschlussvorlage mit zu unterzeichnen.

Die Beschlussvorlage heißt: „Moratorium Investitionen.“

Der Beschluss lautet: „Der Stadtrat setzt den Vollzug seiner Beschlüsse zu den folgenden teils fertig geplanten Projekten vorläufig aus:

1. Die weitere Planung, Finanzierung und Umsetzung von grundhaften Straßenausbauprojekten mit Ausnahme der Ersatzneubaumaßnahme Zerbster Brücke und des Vorhabens Ferdinand-von-Schill-Straße (wegen der Verbindung mit DVV-Vorhaben Fernwärme/Glasfaser).
2. Die weitere Planung, Finanzierung und Durchführung der Tierparkumgestaltung, mit Ausnahme des Erwerbs des Bahnbetriebsgeländes, welches sowohl für die weiteren Planungen zur BUGA, als auch für weitere Stadtentwicklungsprojekte von Bedeutung sein kann.
3. Die weitere Planung, Finanzierung und Durchführung des Umzuges des technischen Rathauses nach Dessau sowie die Sanierung des Rathaus-Altbaus in Dessau.
4. Die weitere Planung, Finanzierung und Durchführung des Museumscampus.

Begründung: Der Stadtrat befürwortet die durch den Oberbürgermeister angeordnete haushaltswirtschaftliche Sperre. Eine Auflage dieser Haushaltssperre erfolgte begründet mit der Auflage der Kreditaufnahmeeinschränkungen durch das Landesverwaltungsamt. Eine Aufhebung dieser ist nur nach der Erarbeitung eines angepassten Haushaltskonsolidierungskonzeptes denkbar. Der Oberbürgermeister und der Beigeordnete für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung haben hierzu bereits alle Fachbereiche der Verwaltung angewiesen, eine Priorisierung der zu tätigen Einsparpotentiale vorzulegen.

Der Stadtrat unterstützt die Verwaltung mit diesem Moratorium darin, die notwendige Konsolidierung zeitlich einzuordnen und will damit die zu starke Bindung von Verwaltungskraft verringern.

Durch die grundsätzlichen Beschlüsse des Stadtrates zur Planung, Finanzierung und Durchführung einer Bundesgartenschau werden umfangreiche Umlanungen für die weitere Stadtentwicklung notwendig. Auch müssen die bisherigen Finanzierungsplannungen durch die zu erwartenden Eigenmittel von mindestens 65 Millionen Euro grundlegend neu überdacht werden. Auch die Neuplanung von Grünzügen (Fugen) in der ganzen Stadt wird zu berücksichtigen sein.

Die bundesgesetzlich beauftragte kommunale Wärmeplanung wird obendrein maßgeblichen Einfluss auf viele Straßen und Grundstücke haben. Die mit der Erstellung dieser Planung beauftragte DVV hat schon in ersten Planungen die Notwendigkeit der Investition von einigen hundert Millionen Euro in die Netze/Versorgungsleitungen prognostiziert. INSEK, Flächennutzungsplan, Zentrenkonzept und vieles mehr, müsse angepasst werden.

Nach allem muss der Stadtrat der Verwaltung den notwendigen Zeitraum für die neuen Planungen geben und will diese nicht mit der Fortführung der Ausführung der bisherigen Beschlüsse behindern.

Gerade im Hinblick auf die Kommunalwahl am 9. Juni 2024 muss der heutige Stadtrat dem neuen Stadtrat Gelegenheit zur Einarbeitung in die prekäre Lage geben.

Der **Antrag** wird heute eingebracht mit der Maßgabe, diesen im nächsten Ausschuss für Finanzen am 09.04.2024, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 11.04.2024 und im Stadtrat am 17.04.2024 zu beschließen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, stellt die Frage, ob die Entscheidung der Fachbereiche, was bezüglich der haushaltswirtschaftlichen Sperre unter die 40 % und was unter die 60 % fällt, dem Ausschuss für Finanzen vorgelegt wird und ob die Ausschüsse und der Stadtrat über die Einzelfallentscheidungen zumindest informiert werden. Es wurden gerade Hinweise auf mögliche Einsparungen mit einem Moratorium gegeben. Sie erinnert daran, dass auch wichtige Anträge dabei waren. Ohne eine Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes erhält die Stadt keine Förder-

mittel. Wenn hier der Rotstift angesetzt wird, ist das für die weitere Entwicklung unserer Stadt tödlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sagt eine Aufbereitung, wo diese Teilsperren zur Anwendung gekommen sind, zu. Über den Ausschuss für Finanzen oder die Fachausschüsse werden fortlaufende Informationen erfolgen. Von der Haushaltssperre sind drei Einrichtungen ausgenommen, nämlich das Anhaltische Theater, der Stadtpflegebetrieb und die Kindertagesstätten.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, geht auf den von Herrn Weber gestellten Antrag ein und erklärt, dass dieser zum Teil mitgetragen werden kann, was das Technische Rathaus, den Museumscampus usw. anbelangt. Nicht mitgetragen werden kann, dass bei den geplanten Straßen Ausbaumaßnahmen eingespart werden bzw. diese vom Markt genommen werden. Das funktioniert, vor allem mit der Begründung der Wärmeplanung, nicht. Die Vororte werden in den nächsten 50 Jahren nicht mit Fernwärme erschlossen, sondern nach wie vor mit Gas, Öl oder Strom heizen müssen. Das schaffen auch die Stadtwerke finanziell nicht. Er bittet deshalb um Streichung des Punktes, damit die geplanten Straßen von der Liste kommen. Auch muss die BUGA überdacht werden, denn diese kann sich die Stadt nicht leisten.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, unterbreitet den Vorschlag, nicht zu detailliert über den von Herrn Weber gestellten Antrag zu diskutieren, da dieser noch in den Ausschüssen beraten werden soll.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass der von Herrn Weber unterbreitete Vorschlag detailliert in der Fraktion geprüft wird. Er geht auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport ein, in dem das Thema Förderkonstellation von Sportvereinen Thema war. Man hatte sich kurz zur Entwicklung der Energiekostenabrechnungen des letzten Jahres verständigt. Im Nachgang ist in der Mitteldeutschen Zeitung ein Beitrag entstanden, der mit 30 T€ Zusatzplanung schon im Ansatz war. Da das nicht bekannt ist, stellt er die Frage, wie das organisiert werden soll, wenn jetzt eine Sperre besteht. Im Ausschuss für Kultur und Sport fand im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung eine Verständigung über mögliche Aspekte (40 % und 60 %) statt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass er die Haushaltsansätze für die Betriebskosten jetzt nicht parat hat. Daran wird aber gearbeitet. Aus der heutigen Beratung weiß er, wie hoch die Anträge sind, die die laufenden Betriebskostenzuschussungen betreffen. Es ist klar, dass da, wo Sportstätten unterhalten und von Vereinen betrieben werden, andere Maßstäbe angelegt werden müssen. Das lässt die Haushaltssperre zu. Angemessene Beträge werden auch weiterhin unterstützt.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt bezüglich der Anfrage von Herr Mrosek klar, dass ein Moratorium nicht sagt, dass diese Projekte zukünftig nicht mehr gewollt sind. Es geht darum, bei den konkreten großen Sa-

chen der Verwaltung Zeit zu lassen und dass im Moment nicht daran gearbeitet werden muss.

Was die Straßen anbelangt, geht es nur um den grundhaften Ausbau. Die Unterhaltsfragen und Reparaturen sind davon nicht betroffen. Die Ausführungen von Herrn Schönemann zu den Betriebskosten ergänzend, hat er im Auftrag von den Ortsbürgermeistern Mildensee, Waldersee, Mosigkau, Kochstedt, Kleikühnau, Großkühnau und Roßlau bereits einen gesammelten Antrag auf Freigabe der Betriebskostenzuschüsse bis zur Höhe der letztjährigen Überweisung schriftlich beantragt.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, geht auf die Darlegungen von Frau Ehlert ein. Er hatte im Ausschuss für Finanzen vorgeschlagen, dass die Fachämter eine Priorisierung vorschlagen, diese in die Fachausschüsse geben und dort die Priorisierung abgestimmt wird. Er möchte nicht nur informiert, sondern beteiligt werden und mitbestimmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck entgegnet, dass die Haushaltsansätze auf 60 % gekappt sind. In dem Rahmen wird nichts priorisiert und kann umgesetzt werden. Wenn Dinge über diesen Bedarf erledigt werden sollen, muss über eine Prioritätensetzung gesprochen werden. Im Einzelfall ist das logistisch nicht einfach. Der Stadtrat wird mit eingebunden.

Frau Dammann, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt, dass über den grundhaften Ausbau der Straßen, besonders über die Mühlenstraße in Mosigkau, gesprochen werden muss. Das kann nicht verschoben werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt aus, dass eine Stellungnahme zum Antrag erfolgt. Intern fand eine Verständigung dazu statt, die Straßenbaumaßnahmen, insbesondere die Straßenunterhaltungsmaßnahmen, mit besonders hoher Priorität zu verfolgen.

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Fricke, Fraktion SPD, berichtet über verschiedene Veranstaltungen, die der Oberbürgermeister in seiner Berichterstattung nicht erwähnt hat. Am 24.01.2024 und 22.02.2024 fanden Kundgebungen für die Demokratie gegen Rechtsradikalismus sowie gegen die AfD statt. Am 24.02.2024 gab es eine Mahnwache an der Friedensglocke zum Gedenken an den zweiten Jahrestag des Kriegsausbruches in der Ukraine. An den Veranstaltungen hat keiner aus der Verwaltung teilgenommen. Des Weiteren thematisiert er die Regenbogenschule. In der vergangenen Woche haben die Fraktionen einen offenen Brief der Elternvertretung der Regenbogenschule erhalten,

worüber auch die Mitteldeutsche Zeitung ausführlich berichtet hat. Er informiert, dass er in der Haupt- und Personalausschusssitzung die Akteneinsicht für das Raumprogramm beantragt und die Unterlagen letzten Freitag gesichtet hat. Er hat keine Anhaltspunkte gefunden, die die Halbierung der Baukosten rechtfertigen. Die Stellungnahme der Schulleitung orientiert sich an der Maßgabe der Verwaltung sowie an die eingeholten Expertisen. Somit wurde eine Reduzierung der Baukosten von 44 Mio. Euro auf 32 Mio. Euro erreicht. Das Ergebnis hält er für plausibel. Die Aussage des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses, dass diesbezüglich keine Eilbedürftigkeit besteht, wird von der Elternschaft und von seiner Fraktion anders gesehen. Für jede Zeitersparnis sind die Schüler, Lehrer sowie Eltern dankbar. Deshalb empfiehlt er ein zügiges Handeln und das Entscheidungen getroffen werden, wenn etwas entscheidungsreif ist. Das Raumprogramm ist bereits entscheidungsreif.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, erwähnt, dass die Fraktion den offenen Brief ebenfalls erhalten hat. Zum 20.03.2024 wurde diesbezüglich ein Gesprächstermin vereinbart. Weiterhin thematisiert er die 30er Zone in der Karlstraße/Lidiceplatz. Dort kommt es vermehrt zu Überschreitungen der Maximalgeschwindigkeit, was bereits zu mehreren Verkehrsunfällen geführt hat. U. a. wurde ein Kind, das ordnungsgemäß auf dem Fahrradweg gefahren ist, von einem PKW erfasst. Der Regionalbereichsbeamte sicherte eine Priorisierung der Problematik zu. Die Stadtverwaltung führt dort vermehrt Geschwindigkeitskontrollen durch, um die Verkehrsteilnehmer zu disziplinieren. Er fragt, was weiterhin unternommen werden kann.

Die zweite Anfrage von **Herrn Berghäuser** thematisiert den Vandalismusvorfall auf das Mahnmal für die Opfer des Faschismus. Dieser Gedenkort wurde zur damaligen Zeit von dem Bundespräsidenten, Herrn Herzog, errichtet. Vor ca. anderthalb Wochen stellte er einen Brandfleck fest, welcher bei der Niederbrennung eines Kranzes entstanden ist. Diese anonyme Tat stellt einen Angriff auf die Republik sowie auf die Menschen, die dort jährlich geehrt werden, dar. Er stellt die Frage, wie dieser Schandfleck auf dem Naturkalkstein beseitigt werden kann.

Herr Mrosek, Fraktion AfD stellt gemäß der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse den Geschäftsordnungsantrag auf Verlängerung der Redezeit um 30 Minuten. Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, bittet ihn, nach Ablauf der regulären Redezeit, den Antrag erneut zu stellen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, thematisiert die Regenbogenschule. Für die Fraktion Die Linke ist dieses Thema derzeit eine priorisierte politische Aufgabenstellung im Bereich Soziales. Nach der Diskussion in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 28.02.2024 sieht er die Art der Verfahrensweise in diesem Prozess als bedenklich an. Er bittet darum, dieses Thema ständig auf die Tagesordnungen des Haupt- und Personalausschusses sowie des Stadtrates zu setzen. Weiterhin bittet er um einen Zeitplan zum Thema Regenbogenschule.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sagt die Zuarbeit eines Zeitplanes zu und berichtet, dass die entstandenen Engpässe mit den Fördermitteln zusammenhängen. Von einem separaten Berichtspunkt im Stadtrat rät er ab und schlägt die Thematisierung in den zuständigen Fachausschüssen vor.

Auf die Nachfrage von Herrn Schönemann, wer der Sachstandsverantwortliche für den Schwerpunkt Soziales ist, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass zunächst immer die Fachdezernate zuständig sind. In dem konkreten Fall ist das Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren zuständig.

Herr Schönemann möchte die weitere Verfahrensweise, nach der Nichtgenehmigung der Einzugsgebiete der Gymnasien, erfahren.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, informiert, dass das Landverwaltungsamt die Einführung der Einzugsbereiche abgelehnt hat. Erstens wird kritisiert, dass das Ziel der Erhaltung der beiden Gymnasien durch die Einführung der Schuleinzugsbereiche nicht erreicht wird. Zweitens hätte die Satzung geändert werden müssen. Es gibt nun zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist die Anfechtung des Bescheides. Andere Städte und Landkreise, die vor einer ähnlichen Entscheidung standen, sind mit einem Widerspruch gescheitert. Die Rechtswidrigkeit muss belegt werden, was zu Geld- und Ressourcenaufwendungen führt. Das sollte bei der derzeitigen Haushaltslage gut überdacht werden. Die zweite Möglichkeit ist die Vorbereitung einer Fusion. Eine Fusion dauert ca. 1 bis 2 Jahre und ist mit diversen Workshops verbunden. Sie bittet darum, dass zunächst verwaltungsintern Absprachen getroffen werden können. Danach wird der Politik eine adäquate Beschlussvorlage vorgelegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass bei einer Zusammenlegung beider Gymnasien 200 Schüler in der fünften Klassenstufe wären.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, berichtet, dass die Stadt Dessau-Roßlau derzeit mit zu den ältesten Städten in Deutschland gehört. Im Hinblick auf die bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen am 09.06.2024 fragt sie, ob ein Aushang in den Seniorenheimen der Stadt veröffentlicht werden kann, in dem explizit auf die Möglichkeit der Briefwahl hingewiesen wird.

Ein zweites Anliegen betrifft die Kindertageseinrichtung „Buratino“ in Meinsdorf. Der Presse konnte sie entnehmen, dass die Kinder während der Sanierung in die leerstehende Einrichtung des Städtischen Klinikums Dessau ziehen sollen. Die Kinder werden mithilfe eines Shuttleservices 20 km hin- und zurück gefahren. Sie stellt die Frage, ob eine vorübergehende Containeraufstellung auf dem Gelände des „Buratino“ möglich ist. Die Anschaffungskosten von Containern dürften sich schnell durch die noch bevorstehenden Sanierungen amortisieren. Falls dies nicht möglich ist, sollte eine Prüfung erfolgen, ob die Kinder in den angrenzenden Einrichtungen untergebracht werden können, bspw. in Roßlau, Thießen, Klieken oder Jeber-Bergfrieden.

Das entstehende Gastelterngeld dürfte nicht im Verhältnis zu den Shuttlekosten stehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck wird eine Zulässigkeitsprüfung veranlassen. Bei einem positiven Prüfergebnis sichert er die Unterstützung zu.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, informiert, dass das Amt für Soziales und Integration bereits im Gespräch mit diversen Pflegeeinrichtungen sowie der Volkssolidarität ist. Das gemeinsame Ziel ist, dass alle am 09.06.2024 an den Wahlen teilnehmen können. Sie wird diese Thematik nochmals mit der Leiterin des Amtes für Soziales und Integration besprechen.

Auf die zweite Frage eingehend, verweist sie darauf, dass die Kindereinrichtung „Buratino“ nicht komplett in die Einrichtung „Mäuseland“ ziehen soll. Es wurden verschiedene Einrichtungen angesehen.

Die Kindereinrichtung „Buratino“ hat besondere Bedarfe, weshalb besondere Räumlichkeiten und eine komplette Barrierefreiheit notwendig sind. Ein Ausweichobjekt in der Nähe war nicht machbar. Eine Containerlösung auf der Außenanlage der Einrichtung wurde geprüft und für nicht machbar befunden, da die Anschaffungskosten bei 1,5 Mio. Euro und die Lieferzeiten bei 1-2 Jahren liegen. Deshalb wurde darüber diskutiert, die Kindereinrichtung zu teilen, so dass die kleineren Kinder etwas kürzere Wege haben und die Kinder, die sowieso eventuell gefahren werden, einen längeren Weg. Die Nutzung der alten Kita „Mäuseland“ als Ausweichobjekt wurde in Erwägung gezogen. Ein Teil der Kinder soll aber in unserer eigenen Einrichtung „Bussibär“ untergebracht werden. Die Einrichtung hat Kapazitäten für 59 Kinder. Die an sie herangetragene Bitte zur Prüfung der alten „Bietheschule“ in Roßlau als Ausweichobjekt, muss verwaltungsintern noch besprochen werden. Die Bietheschule wäre voraussichtlich ab Juni frei. Das angesprochene Shuttleangebot wurde so nicht diskutiert. Gemeint waren die sogenannten Integrationskinder, die von einem Fahrdienst zur Kita gebracht werden.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt gemäß der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse den Geschäftsordnungsantrag auf Verlängerung der Redezeit. Der **Stadtratsvorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag bereits vorliegt.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, verweist auf die extremen Preissteigerungen und Zeitverzögerungen im Zuge der Umbaumaßnahmen Törtner Straße. Die Mieter konnten zwischendurch in ein Provisorium ziehen. Erst jetzt konnte, mit dem Nahen der Fertigstellung, den Mietern neue Verträge angeboten werden.

Nun stellte sich heraus, dass einer der Träger seine Umzugskosten für den ursprünglich avisierten Umzugstermin im Vorjahr bei der Stadt beantragt hatte, es aber versäumte, diese in diesem Jahr noch einmal in den Haushalt einzupreisen. Hier wurde

dem Träger ein wenig der Schwarze Peter seitens der Verwaltung, in dem Fall vom Jugendamt, zugespielt. Es wurde in vielen Gesprächen versucht, die Finanzmittel aus anderen Töpfen zu bekommen, um das Problem des Umzuges zu lösen. Zwischenzeitlich wurde seitens der Verwaltung die Kommunikation zum Träger komplett eingestellt. Auf ihre Nachfrage zum Stand der Verhandlungen wurde ihr mitgeteilt, dass das Jugendamt, in Person Herr Deckert, mit dem Träger in einem guten Austausch steht, was jedoch nicht stimmt und somit eine Lüge ist. Über dieses unprofessionelle Verhalten muss sie sich beschweren. Eine Entschuldigung wäre angebracht. Sie selbst hat auf ihre persönliche Anfrage am 12.02.2024 auch keine Rückmeldung erhalten, ebenso nicht auf ihre Nachfrage, was sehr enttäuschend ist. Es gibt jedoch auch andere Ämter, wie das Sportamt, die vorsorglich für ihre Sportstätten Energiekosten einpreisen, woran sich das Jugendamt ein Beispiel nehmen könnte.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erwidert, dass sie diverse Male mit Frau Grabner zu diesem Sachverhalt telefoniert hat und den Schriftverkehr des Jugendamtes kennt. Sie bittet darum, die Kollegen nicht namentlich anzusprechen und ihnen auch nicht die Schuld zu geben, wenn in der Verwaltung etwas nicht funktioniert. Sie hatte denjenigen persönlich darum gebeten, dass eine konkrete Person des Trägers, oder aus dem Unterstützerkreis benannt wird. Mittlerweile hat sie mit 5 diversen Unterstützern kommuniziert und auch mit dem Träger persönlich. Bezüglich der Umzugskosten wurde der Träger persönlich per E-Mail angeschrieben und ihm mitgeteilt, dass eine Entscheidung im Jugendhilfeausschuss am 02.04.2024 getroffen werden soll. Das Jugendamt, persönlich Herr Deckert, hat sich darum gekümmert, dass innerhalb einer sehr kurzen Zeit eine Beschlussvorlage erarbeitet wurde. Trotz der Haushaltslage sollen die Umzugskosten bewilligt werden. Sie geht hier von der Unterstützung durch Herrn George aus. Es muss eingesehen werden, dass, wenn der Träger es nicht rechtzeitig anmeldet, die Verwaltung auch etwas Zeit benötigt. Sie bittet darum, gemeinsam daran zu arbeiten.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Verlängerung der Redezeit um 30 Minuten zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mehrheitlich genehmigt (38:02:01).

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, stellt die Frage, wann mit dem Alternativvorschlag für das Gropius-Gymnasium gerechnet werden kann. Die Fraktion ist schon seit Dezember mit dem Gropius-Gymnasium im Gespräch, um eine Spezialisierung auf den Weg zu bringen. Die Ballsportarten und der Floorball könnten nach der Fertigstellung dort das Training absolvieren. Anlässlich der Kinderweihnachtsfeier haben Vertreter des Anhaltischen Theaters darauf aufmerksam gemacht, dass der Vertrag mit dem Theater schon etwas älter ist.

Es gibt jetzt auch einen Musiklehrer, der sich sehr engagiert und auch schon in anderen Schulen einen Chor wiederaufgebaut hat.

Sie fragt, warum das Gropius-Gymnasium als zweites nicht in Richtung Musik gehen kann, was es früher dort schon gegeben hat. Die Voraussetzungen dafür liegen vor.

Der Vorschlag Mäuseland ist ein kleines Politikum. Den Kindern der Mitarbeiter des Klinikums wird eine neue Einrichtung geboten, aber für andere Kinder ist diese noch gut genug.

In diversen Gremien wurde über die Möglichkeiten der Spezialisierung im Gropius-Gymnasium schon diskutiert, entgegnet **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**. Die Spezialisierung kann gemacht werden. Mit Herrn Teichert und Frau Dr. Schneider, die sich stark dafür eingesetzt hat, ist die Stadt im Gespräch. Es geht momentan um die Einführung einer einzigen Klasse, was für das Land leider nicht ausreichend wäre, um die Entscheidung noch einmal zu revidieren. Grundsätzlich wird die Entscheidung von den Schulen und nicht von der Stadt getroffen. Wenn die Schulen Unterstützung benötigen, bekommen sie diese von der Stadt.

Bezüglich der Kindereinrichtung hat Frau Ehlert damit Recht, dass diese sanierungsbedürftig ist. Es wurde aber alles geprüft, ansonsten wäre die Idee, dort Kinder einzuquartieren, nicht entstanden. Auch das Baudezernat ist involviert. Mit Unterstützung des Trägers würden die notwendigen Sanierungen durchgeführt, damit die Kinder eine angenehme Atmosphäre vorfinden. Es ist schwer, ein geeignetes großes und barrierefreies Objekt zu finden. Es geht nur um eine temporäre Lösung.

Herr Stadtrat Mrosek erläutert, dass die Fraktion AfD bereits an die Kritik der anderen Fraktionen gewöhnt ist. Weiterhin geht er auf eine Veranstaltung ein, welche von Herrn Stadtrat Fricke angesprochen wurde. Der Veranstalter zählte ca. 450 Teilnehmer vor Ort, wobei die Polizei von nur 150 Personen im Bericht sprach. Die Fraktion AfD war selbst bei dieser Veranstaltung vor Ort und zählte nicht einmal 50 Personen. Herr Stadtrat Mrosek findet es bedenklich, dass bereits Kinder zur Instrumentalisierung gegen Andersdenkende genutzt werden. So etwas kann nicht im Sinne der Veranstaltung sein. Ferner kritisiert er, dass bei einer Festveranstaltung des Kurt-Weill-Festes ca. 200 Flyer, am Ende des Abends auf dem Theatervorplatz, von der Antifa und des „Bündnis Dessau Nazifrei“ verteilt wurden. Auf diesen Flyern wurden ideologische Übergriffe in Kunst und Kultur inszeniert. Er zitiert: „Unter AfD-Regierung wäre es dann vorbei in kaum vorstellbarer Geschwindigkeit. Die Nazis von 1933 brauchten wenige Monate um Deutschlands Kultur per Gesetz zu einem faden und braunen Klumpen einzuschmelzen. Arisierung, Gleichschaltung ...“. Dass das Kurt-Weill-Fest zur Instrumentalisierung genutzt wird und das Gehetze gegen eine demokratisch gewählte Partei, stellen für ihn Grenzüberschreitungen dar. Herr Stadtrat Mrosek wünscht sich, dass die Stadtverwaltung und das Anhaltische Theater sich von diesem Vorfall distanzieren.

Herr Frisch, Fraktion AfD, mahnt das Verhalten von Herrn Stadtrat Fricke in der letzten Sitzung des Stadtrates gegenüber dem Oberbürgermeister und der Presse an. Insbesondere kritisiert er den fehlenden Grundanstand und betont die Pressefreiheit. Weiterhin thematisiert er, die beschlossenen Vorlagen des letzten Jahres, wo Erhöhungen mit dem Angriffskrieges Russlands begründet werden. Die Meinung der AfD ist es, dass dieser Krieg nicht Deutschland betrifft. Der **Stadtratsvorsitzende**

unterbricht den Redebeitrag mit der Begründung das es sich hier um eine Thematik des Bundestages handelt und nicht die Belange der Stadt Dessau-Roßlau betrifft.

Herr Adamek, Fraktion CDU, regt an, dass mit dem Land sowie dem Bund, bezüglich der Umgehungsstraßen Gespräche geführt werden, denn Umgehungsstraßen sind wichtig für die Stadt Dessau-Roßlau, bspw. in Mosigkau. Würde man eine Umgehungsstraße in Roßlau besitzen, hätte man derzeit nicht das Problem mit der Zerbster Brücke und wäre ein Lückenschluss des Tangentensystems vorhanden, so wäre es in Dessau-Nord stressfreier. Zum Thema Regenbogenschule erwähnt er, dass dies ein sehr langer Prozess wird und eine Dringlichkeit geboten ist.

Ferner thematisiert er die Schulentwicklungsplanung. Er ist mit den Reaktionen sowie den Antworten der Stadtverwaltung nicht zufrieden. Die Erstellung der Schuleinzugsbereiche reicht dem Land als Option nicht aus und für ihn fühlt es sich so an, als ob kein Interesse seitens der Stadt am Erhalt beider Gymnasien existiert. Weiterhin führt er weitere Möglichkeiten zum Erhalt der Gymnasien auf: Sportklasse, Meisterklasse, Festlegung von Zügen, Kooperation zwischen den Gymnasien sowie eine Kooperation mit der Gemeinschaftsschule und dem Berufsschulzentrum. Er erläutert, dass man sich in die Profile der Schulen nicht einmischen darf, aber man sollte untereinander vermitteln.

Weiterhin geht er auf den Landesentwicklungsplan ein und zitiert: „Vor dem Hintergrund einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung soll die Anpassung der Schulstandorte so erfolgen, dass diese in den zentralen Orten erhalten und entwickelt werden. Wenn möglich sollen darüber hinaus bestehende Schule auch in anderen Gemeinden und Ortsteilen von Gemeinden erhalten bleiben.“ Dessau-Roßlau ist ein Hochschulstandort und besitzt eine Oberzentrafunktion, welcher man gerecht werden muss. Er plädiert für den Erhalt beider Gymnasien.

Herr Weber, Ortsbürgermeister Mosigkaus, gibt bekannt, dass am 13.04.2024 in der Zeit von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr der erste Mosigkauer Immobilientag, welcher in Deutschland bisher einmalig ist, stattfindet. Ihm ist es gelungen, dass an dem Tag zehn Immobilien für Interessenten offenstehen. Er wünscht sich, dass diese Initiative auch von anderen Stadtteilen ergriffen wird, damit dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden kann.

Weiterhin bezieht sich **Herr Ortsbürgermeister Weber** auf das Schloss Mosigkau. Am 05.01.2024 hat der Ortschaftsrat Mosigkau dem Oberbürgermeister eine E-Mail mit fünf Anfragen geschickt, welche bisher unbeantwortet blieb. Weiterhin hat er durch einen Zeitungsartikel erfahren, dass das Schloss im Rahmen einer Zuwendung durch die Kulturstiftung erheblich aufgewertet werden soll. Herr Weber findet es bedauerlich, dass derzeit in der Touristinformation nicht die Möglichkeit besteht, Eintrittskarten für das Schloss käuflich zu erwerben. Dahingehend möchte er wissen, ob Mosigkau demnächst eine größere Rolle im Vermarktungssystem der Stadt Dessau-Roßlau spielen wird und wann Kooperationsgespräche mit der Stiftung angestrebt werden, um das Kulturangebot diesbezüglich so zu verknüpfen, dass ein adäquates Angebot in der Touristinformation erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck wird die Anfrage an den Geschäftsführer der Stadtmarketinggesellschaft weiterleiten.

Frau Perl, Fraktion SPD, fragt im Auftrag des Seniorenbeirates an, ob die Möglichkeit besteht, dass das Büro des Seniorenbeauftragten sowie der Behindertenbeauftragten zentraler gelegt werden kann. Derzeit befindet es sich in der Volkshochschule, was für Menschen mit Beeinträchtigung schwer zu erreichen ist.

Die zweite Anfrage von **Frau Stadträtin Perl** thematisiert die Rattenproblematik in der Stadt. Sie berichtet über einen Sachverhalt einer Bürgerin am Alten Theater. Dieser konkrete Fall wurde aktenkundig im Gesundheitsamt aufgenommen, aber an dem Anliegen hat sich noch nicht viel getan. Frau Perl weist darauf hin, dass den betroffenen Mietern eine Mietminderung zustehen kann. Weiterhin möchte sie erfahren, ob den Grundstückseigentümern seitens des Gesundheitsamtes Auflagen erteilt wurden. Wenn ja, welche sind das und wurden diese bereits erfüllt. Gemäß des Infektionsschutzgesetzes kann eine Nichteinhaltung der Auflagen mit einem Bußgeld sanktioniert werden. Sie möchte erfahren, wie hoch das Bußgeld der Stadt Dessau-Roßlau bei Nichterfüllung wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass ihm die Problematik mit der Erreichbarkeit des Standortes bekannt ist. Aufgrund von Sanierungsarbeiten im Rathaus mussten räumliche Veränderungen vorgenommen werden. Er wird dies wohlwollend prüfen.

Die Thematik der Ratten ist dem **Oberbürgermeister** seit längerem bekannt. Nach der Sprechstunde im letzten Jahr hat er die zuständigen Fachdezernate gebeten sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen. Nach seinem Kenntnisstand wurden seitens der Hauseigentümer bereits Maßnahmen zur Beseitigung ergriffen. Auch das Gesundheitsamt ergreift regelmäßig Maßnahmen. Das ist einer der Gründe, warum der Eigenbetrieb Stadtpflege von der Haushaltssperre nicht betroffen ist.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, berichtet, dass dieses Thema seit dem letzten Sommer angegangen wird. Alle Informationen bezüglich der Rattenproblematik können der Internetseite des Gesundheitsamtes entnommen werden. Er informiert, dass das Gesundheitsamt Vor-Ort-Termine wahrnimmt und entsprechende Fristsetzungen und Verfügungen aufstellt. Wenn diese nicht eingehalten werden, dann kommt es entweder zu Ersatzvornahmen, welche von den Verantwortlichen bezahlt werden müssen, oder zur Verhängung von Buß- bzw. Zwangsgeldern. Ferner informiert er, dass die Stadtverwaltung, die Wohnungsgenossenschaft, die Stadtwerke sowie die DWG Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Ratten sind und in einem regen Austausch stehen. Den angesprochenen Fall wird er prüfen.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, berichtet über ein Gespräch mit der Leiterin des Amtes für Soziales und Integration. Das Sozialamt kann vorerst freie Kapazitäten schaffen, damit die Behindertenbeauf-

tragte sowie der Seniorenbeauftragte vorübergehend wieder im Rathaus ansässig sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass der Eigentümer in manchen Fällen nichts dagegen tun kann, da im Umfeld der Wohngebäude Essensreste, Unrat bzw. Müll abgelagert werden. Das Rattenproblem ist so groß, dass es nur flächendeckend gelöst werden kann. Er bedankt sich für den Hinweis bezüglich der Bußgelder und informiert, dass die Höhe der Bußgelder im Allgemeinen überarbeitet werden soll.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, spricht im Auftrag des Ortschaftsrates Meinsdorf und thematisiert die Kindertageseinrichtung „Buratino“. Die Kindertageseinrichtung wurde vor 40 Jahren erbaut und wird seit Ende 2020 zeitgemäß saniert. Der DDR-Bau weist nach den heutigen Standards erhebliche Mängel auf. Dementsprechend sind die geplanten Baukosten in Höhe von 1,9 Mio. Euro auf 4,7 Mio. Euro gestiegen. Seit über 2 Jahren steht die Baustelle still und nichts passiert. Viel schlimmer ist die Tatsache, dass bis heute kein Ausweichquartier für die Kinder gefunden werden konnte. Die Stadt braucht 1,5 Jahre um festzustellen, dass die 110 Kinder nicht im Stadtteil Roßlau und auch nicht in der lange präferierten Dessauer Schillerstraße ersatzweise untergebracht werden können. Inzwischen gibt es Gerüchte, dass das Ausweichquartier die alte Einrichtung am Klinikum sein soll, was bei den betroffenen Eltern für große Angst und verständlichen Ärger sorgt.

Die Kinder der Kindertagesstätte „Buratino“ für 1,5 bis 2 Jahre in die Kindertagesstätte „Mäuseland“ zu verfrachten, bezüglich Meinsdorf an die entfernteste Stelle, wäre die schlechteste Option und schrecklich für alle Kinder und Eltern. Was das für das Familienleben bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen. Aufgrund eines Gespräches mit dem Geschäftsführer des Trägers Soziale Dienste, Herrn Rommelfanger und der Leiterin des Zentralen Gebäudemanagements, Frau Ellenberger, können die 59 Krippen- und Geschwisterkinder sowie die Integrationskinder in die leere Kinder-einrichtung „Bussibär“ ausweichen. Für die ca. 50 Kindergartenkinder sollte unbedingt die zum Ende des Schuljahres leer gezogene Bietheschule in Roßlau als Ausweichquartier genutzt werden. Nach seinen Informationen ist das durchaus möglich und würde auch vom Träger akzeptiert. Dass der Ortschaftsrat Roßlau andere Pläne hat und die leere Bietheschule als Haus der Vereine umgestalten will, ist sicherlich eine gute Sache, aber er geht davon aus, dass die Roßlauer gern bereit sind, den Kleinsten diese Chance nicht zu verwehren.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist auf die Überschreitung der Redezeit von 3 Minuten hin und bittet Herrn Dreibrodt sich zu setzen.

Herr Dreibrodt rügt das Verhalten des Stadtratsvorsitzenden, da zum wiederholten Male die Handmeldungen in der letzten Reihe nicht wahrgenommen werden.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf erläutert, dass ihm dies sehr leidtut und er deswegen Herrn Dreibrodt auch nach Ablauf der Verlängerung zu Wort kommen lassen

hat. Im Allgemeinen sollte sich vorab überlegt werden, wie ein Redebeitrag gestaltet wird. Die aktuelle Redeliste wird heute nicht mehr fortgeführt.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, sowie Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste stellen den Geschäftsordnungsantrag zur Verlängerung der Redezeit. Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, lehnt die Anträge ab, da bereits eine Verlängerung stattgefunden hat.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erteilt Herrn Stadtrat Fricke gemäß §9 Abs. 3a Geschäftsordnung für den Stadtrat und seiner Ausschüsse das Wort für eine persönliche Bemerkung.

Herr Fricke, Fraktion SPD, führt aus, die Veranstaltung, in der eine ukrainische Tanzgruppe aufgetreten ist, nicht bei seinen getätigten Ausführungen mit aufgezählt hat. Diese fand am 09.03.2024 statt, wo auch eine deutsche Kindertanzgruppe aufgetreten ist. Zu der Bemerkung bezüglich der Pressefreiheit, will er sich nicht äußern.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheinen **Herr Puttkammer, Fraktion CDU**, und **Herr Büttner, Fraktion AfD**, zur Sitzung. (42)

7 Beschlussfassungen

7.1 Beitrittsbeschluss der Stadt Dessau-Roßlau zur Verfügung des Landesverwaltungsamtes zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtisches Klinikum Dessau“ für das Wirtschaftsjahr 2024 Vorlage: BV/028/2024/I-SKD

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, der Verfügung des Landesverwaltungsamtes zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtisches Klinikum Dessau“ für das Wirtschaftsjahr 2024 (Az 206.5.2-10210/de4skd/wp2024) beizutreten.

Diese beinhaltet:

- a) Von einer Beanstandung des Wirtschaftsplans wird abgesehen.
- b) Der veranschlagte Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen i. H. v. 3.000.000 EUR wird genehmigt.
- c) Die Genehmigung des im Wirtschaftsplan festgesetzten Höchstbetrags der Liquiditätskredite wird in Höhe von 69.852.000 EUR erteilt und im Übrigen versagt.
- d) Die Entscheidung zu c) ergeht unter der Auflage, dass die Stadt Dessau-Roßlau dem Landesverwaltungsamt spätestens mit dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtisches Klinikum Dessau“ für das Jahr 2025 ein

Konsolidierungskonzept vorlegt, das die Vorgaben des § 100 Abs. 5 KVG LSA erfüllt.

2. Der geänderte Wirtschaftsplan 2024 gemäß Anlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.2 Beitritt der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zur Kommunale IT-UNION eG (KITU) Vorlage: BV/353/2023/II-11

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf die momentane Realisierung der E-Akte. Es fehlt ein Digitalisierungskonzept. Er unterstützt die Beschlussvorlage mit der Zielsetzung, dass der Tempoverlust kompensiert wird.

Die Nachfrage des **Oberbürgermeisters**, ob es sich um einen Antrag zur Erarbeitung eines Digitalisierungskonzeptes handelt, wird von Herrn Schönemann bestätigt.

Beschluss:

Der Beitritt der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zur Kommunalen IT-UNION eG (KITU) mit Wirkung zum 01.04.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:01:00

7.3 Unternehmensangelegenheiten Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Industriefafen Roßlau GmbH Vorlage: BV/019/2024/II-20BTM

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Industriefafen Roßlau GmbH gemäß Anlage 2 zu. Er ermächtigt und beauftragt den Oberbürgermeister, in der Gesellschafterversammlung der Industriefafen Roßlau GmbH einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

Im Anschluss wird eine Pause in der Zeit von 17:45 Uhr bis 18:05 Uhr durchgeführt.

7.4 Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) Vorlage: BV/039/2024/I-07

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass im nichtöffentlichen Teil der Erwerb der Anteile von der SBO beschlossen werden soll. Mit diesem Beschluss werden drei Aufsichtsratsmitglieder entsendet, wenn die SBO ihre drei Sitze niedergelegt hat. Die Fraktionen wurden entsprechend des Hare-Niemeyer-Verfahrens bestimmt. Folgende Mitglieder werden zur Entsendung in den Aufsichtsrat benannt: Herr Mrosek, Fraktion AfD, Herr Schönemann, Fraktion Die Linke und Herr Fricke, Fraktion SPD.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau entsendet mit Vollzug des Rückkaufs von Geschäftsanteilen an der IHR weitere drei Mitglieder in den Aufsichtsrat der Industriehafen Roßlau GmbH:

- a) Andreas Mrosek, Fraktion AfD
- b) Ralf Schönemann, Fraktion Die Linke
- c) Michael Fricke, Fraktion SPD

Abstimmungsergebnis: 40:00:02

7.5 Neubesetzung im Haupt- und Personalausschuss Vorlage: BV/049/2024/I-07

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste wird die Besetzung im Haupt- und Personalausschuss wie folgt geändert:

Bastian George wird neues stimmberechtigtes Mitglied. Guido Fackiner übernimmt die Vertretung.

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

7.6 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Dessau-Roßlau zum 31.12.2013 und Entlastung des Oberbürgermeisters Vorlage: BV/006/2024/II-20

Beschluss:

1. Der geprüfte Jahresabschluss 2013 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit folgenden Eckdaten gemäß § 120 KVG LSA beschlossen:

- a. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Überschuss von 15.290.572,59 EUR ab. Dieser Überschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen und in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
 - b. Die Finanzrechnung schließt mit einem Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 9.434.448,83 EUR, mit einem Überschuss aus Investitionstätigkeit von 1.793.942,06 EUR und einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von -18.080.660,99 EUR ab.
 - c. Der Bestand an Finanzmitteln reduzierte sich zum 31.12.2013 um 5.901,45 EUR.
 - d. Die Bilanzsumme beträgt 930.736.261,74 EUR zum 31.12.2013.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 (Jahresabschluss 2013) die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: 32:00:10

7.7 Ermächtigung zur Kreditaufnahme **Vorlage: BV/029/2024/II-20**

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 KVG LSA im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2023 in Höhe von maximal 20.000.000 EUR langfristige Investitionsdarlehen mit folgender konkreter Ausgestaltung aufzunehmen.

Nominalbetrag: 20.000.000 EUR
Aufnahmezeitpunkt: spätestens bis 13.04.2024
Laufzeit: 30 Jahre
Zinsbindung: 15 Jahre
Der zu zahlende Zins darf dabei 4,2% p.a. nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis: 35:07:00

7.8 Erlass einer Allgemeinverfügung zur Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif und Ausgleich von Mindereinnahmen **Vorlage: BV/025/2024/III-66**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt eine Allgemeinverfügung zur Anwendung des Deutschlandtickets als Höchsttarif sowie zur Weiterleitung eines Ausgleichs für Mindereinnahmen gegenüber den Verkehrsunternehmen zu erlassen.
2. Die Allgemeinverfügung gilt für das Kalenderjahr 2024.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

**7.9 Umfeldgestaltung Historisches Arbeitsamt - Maßnahmebeschluss und Beschluss über die Einziehung von Verkehrsflächen
Vorlage: BV/374/2023/III-67**

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, erfragt das Stimmverhalten zur Beschlussvorlage. Weiterhin bezieht er sich auf einen Zeitungsartikel, in dem es um die Parkplätze, aber nicht um die Gestaltung dieser Fläche geht. Er stellt die Frage, inwieweit das von Herrn Ulbrich vorgestellte Konzept zur Onlineanmeldung von Autos funktioniert.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, verweist darauf, dass im Ordnungsamt nicht nur Kfz-Angelegenheiten geregelt werden. D. h., es gibt noch andere Beweggründe, um mit dem Auto dort hinzufahren. Mit dem heute gefassten Beschluss zur KITU ist vorgesehen, gemeinsam mit der KITU und deren Dienstleistern, die Einführung von i-Kfz in der Zulassungsbehörde zu begleiten.

Herr Fricke, Fraktion SPD, bittet um Ausführungen zu einem Zeitungsartikel. Es geht um die Diskussion, eine kleinere Lösung im Zusammenhang mit der Fällung von acht oder neun Kastanienbäumen zu finden.

Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, erhält das Rederecht und legt dar, dass die vorliegende Planung im Gestaltungsplan einen Teilabschnitt zeigt, der 2018/2019 in die Genehmigungsreife geführt wurde und aus Kostengründen damals nicht umgesetzt werden konnte. Der Teilabschnitt 1, die Fläche vor dem Erdmannsdorffportal, wurde bearbeitet. Der Sinn, beide Gebäude, das historische Arbeitsamt und das Erdmannsdorffportal, durch eine stimmige Freiflächenzusammenführung näher zu bringen und in ihrem Wert zu stärken, wurde so nicht erreicht. Insofern wurde in eine weitere Förderantragstellung gegangen. Es besteht nun die Möglichkeit, die direkten Flächen am historischen Arbeitsamt zu bearbeiten. Die noch verbliebene Gestaltung im Westteil stammt zu großen Teilen von 1969 bis 1970. Es wird ein historisches Zitat gewählt, was vielleicht auch für das historische Arbeitsamt gestaltgebend war, nämlich die Wiedersichtbarmachung der Ballenstedter Straße.

Die recht breite Straße der damaligen Zeit wurde reduziert und ist auch nicht mehr als Straße in die Gestaltung aufgenommen worden, sondern als ein grünes Element aus zwei Gehwegen. Auch die Planung 2018/2019 sah noch eine Einführung eines wirklichen Straßenzitats vor, was sich weiter über den August-Bebel-Platz fortsetzen sollte. In den Zeiten des Klimawandels wird mit den Planungsschritten so nicht mehr umgegangen, weshalb bewusst diese Fahrbahndecken negiert wurden.

Es ist ein schöner grüner Bereich zu sehen, der Trittstauden tragen wird und rechts und links zwei dem Gelände folgende Erschließungsspangen, die dann auch einen guten barrieregerechten Aufstieg ermöglichen.

Im Stadtbezirksbeirat kam die Frage auf, ob Bäume gerettet werden können, wenn auf einen Teil der Erschließungsspanne verzichtet wird. Dem ist nicht so. Die Böschung wird in einer natürlichen Gestaltungsform ausgeführt, der diese Waschbetonmauern nicht mehr braucht.

Es waren in der Ursprungsplanung 16 Bäume für eine Fällung vorgesehen. Es werden jetzt noch sechs Bäume gefällt, wobei lediglich ein Ahorn unter die Baumschutzsatzung fällt.

Die weiteren Bäume sind geringer in ihren Stammdurchmessern. Zwei davon sind Götterbäume, die nicht unter den Schutz der Baumschutzsatzung fallen. Das wird erreicht, indem Teile des unterirdischen Maueraufbaus stehen bleiben und das mit einer Böschung überzogen wird. Damit wird vom Bestandsbaumbestand abgerückt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf die Option, dass die Bundesagentur Interesse zeigt. Er fragt nach dem Sachstand, da die Umfeldgestaltung unmittelbar mit der zukünftigen Aufwertung als Bundesmuseum für Sozialleistungen zusammenhängt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck entgegnet, dass diese beiden Maßnahmen unabhängig voneinander betrachtet werden. Die Umfeldgestaltung ist ein separates Projekt, das zur Gestaltung des Außenbereiches dient. Die Maßnahme sollte schon einmal vorgenommen werden, wurde aber verschoben. Das wird jetzt aufgegriffen, um die Fördermittel umzusetzen und dem Stadtteil gestalterisch etwas Gutes zu tun. Der Sachstand wird nichtöffentlich mitgeteilt.

Frau Dr. Lott gibt das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen Stadtgrün und Mobilität zur Kenntnis: 05:01:00.

Frau Bürgermeisterin Lohde gibt das Abstimmungsergebnis des Stadtbezirksbeirates Mitte, Süd bekannt: 05:00:00.

Beschluss:

1. Die Maßnahme Herstellung Umfeldgestaltung am Historischen Arbeitsamt mit einem voraussichtlichen Wertumfang von 591.900 € wird beschlossen. Davon sind 197.300 € Eigenmittel vorgesehen.
2. Durch die Umgestaltung entfallen bereits teileingezogene (zeitlich begrenzte) Stellplätze der ersten Stellplatzreihe. Die Absicht der Einziehung wird beschlossen und die Verwaltung wird beauftragt, das dafür notwendige Einziehungsverfahren dieser 16 normalen und 4 Behindertenstellplätze zu starten.

Abstimmungsergebnis: 32:08:02

7.10 Feststellung Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/287/2023/III-EB

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 sowie der Lagebericht 2022 des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ mit einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 23.992.135,62 und einem Jahresgewinn in Höhe von EUR 709.734,90 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.11 Ergebnisverwendung aus dem Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Stadtpflege
Vorlage: BV/288/2023/III-EB

Beschluss:

1. Ergebnisverwendung

Der Jahresgewinn des Jahres 2022 beträgt EUR 709.734,90.

An den Haushalt des Aufgabenträgers werden abgeführt

- a) die Eigenkapitalverzinsung 2022 in Höhe von EUR 15.516,38
- b) das Ergebnis der haushaltsfinanzierten Bereiche/Sonstige in Höhe von EUR 346.516,07

Nach Tilgung des Vorjahresverlustes in Höhe von EUR 233.602,88 wird ein Betrag in Höhe von EUR 581.305,33 in die Gewinnrücklage eingestellt.

2. Rücklagenverwendung

- Aus der allgemeinen Rücklage wird ein Betrag in Höhe des Verlustes 2022 des Bereiches Friedhofswesen von EUR 103.261,29 entnommen.
- In die zweckgebundenen Rücklagen wird ein Betrag in Höhe des Gewinns 2022 des Bereiches Nachsorge Deponie von EUR 224.680,41 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.12 Entlastung der Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2022
Vorlage: BV/289/2023/III-EB

Beschluss:

Die Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau wird für das Jahr 2022 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

7.13 **Wandlung von Honorarstellen an der Musikschule "Kurt Weill" in Festanstellungen** **Vorlage: FV/026/2023/BÜRGER**

Es ist erfreulich, dass es in der Stadt eine Tendenz gibt, Menschen, die eine hervorragende Arbeit leisten, angemessen zu bezahlen, was momentan nicht der Fall ist, legt **Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, dar. Ein Musikschullehrer mit einem Hochschulstudium muss im Sommer sehen, wie er seinen Lebensunterhalt privat gestaltet, was geheilt werden muss. Sie hätte sich gewünscht, dass das schneller erfolgt.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellt auf Nachfrage fest, dass nur die Honorarkräfte gemeint sind, die dauerhaft in Vollzeit eingesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass er gegen die Beschlussvorlage stimmen wird, da der Beschlusspunkt 3 eine zusätzliche Stelle beinhaltet. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung kann er dem nicht zustimmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass im Mittelpunkt die Problemlösung steht. Nach der Haushaltssperre können diese Dinge geheilt werden.

Beschluss:

1. Die Honorarsätze werden angemessen angehoben. Hierzu wird von der Verwaltung ein Vorschlag erarbeitet.
2. Es wird angestrebt die Honorarstellen in Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Mit dieser Zielstellung wird die Verwaltung beauftragt einen Vorschlag zu erarbeiten, ob und wie dies mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2025 rechtskonform umgesetzt werden kann.
3. Die Musikschule wird beauftragt, mindestens im Rahmen einer Vollzeitstelle (d.h. 30 Stunden pro Woche) für ein erweitertes Angebot an Musikalischer Früherziehung an Schulen und Kindertagesstätten zu sorgen.

Abstimmungsergebnis: 21:09:12

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 19:21 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.04.24

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

C. Hösel
Schriftführer